

DATENSCHUTZERKLÄRUNG FÜR ARBEITNEHMER

1. Rechtliche Grundlage für die Verarbeitung

Mit der Unterzeichnung des Arbeitsvertrages hat die Gemeinnützige Husumer Alten- und Pflegeheim GmbH (im Folgenden "Unternehmen"), das Recht, personenbezogene Daten einschließlich der persönlichen Identifikationsnummer des Arbeitnehmers zu verarbeiten, die der Arbeitnehmer oder eine andere Partei dem Unternehmen zur Verfügung gestellt hat, um dem Unternehmen zu ermöglichen, seine gesetzlichen und vertraglichen Verpflichtungen in seiner Eigenschaft als Arbeitgeber zu erfüllen oder Schritte auf Ersuchen der betroffenen Person vor Abschluss eines Arbeitsvertrags zu unternehmen.

Personenbezogene Daten können auch aufgrund der legitimen Interessen des Unternehmens oder eines Dritten (wie zum Beispiel verbundener Unternehmen) verwendet werden, es sei denn, diese Interessen werden durch die Interessen oder Grundrechte und Freiheiten der betroffenen Person aufgehoben, die den Schutz personenbezogener Daten erfordern.

Zu den verarbeiteten Kategorien personenbezogener Daten gehören insbesondere Ihre Stammdaten (wie Vorname, Nachname, Namenszusätze, Staatsangehörigkeit und Personalnummer), Kontaktdaten (etwa private Anschrift, (Mobil-)Telefonnummer, E-Mail-Adresse), die bei der Nutzung der IT-Systeme anfallenden Protokolldaten (z. B. Telefonverbindungen) sowie weitere Daten aus dem Beschäftigungsverhältnis (z. B. Zeiterfassungsdaten, Urlaubszeiten, Arbeitsunfähigkeitszeiten, Skill-Daten, Sozialdaten, Bankverbindung, Sozialversicherungsnummer, Rentenversicherungsnummer, Gehaltsdaten sowie die Steueridentifikationsnummer). Hierunter können auch besondere Kategorien personenbezogener Daten wie Gesundheitsdaten fallen (z.B. Behinderung i.S.d. SGB IX).

Ihre personenbezogenen Daten werden in aller Regel direkt bei Ihnen im Rahmen des Einstellungsprozesses oder während des Beschäftigungsverhältnisses erhoben. In bestimmten Konstellationen werden aufgrund gesetzlicher Vorschriften Ihre personenbezogenen Daten auch bei anderen Stellen erhoben. Dazu gehören insbesondere anlassbezogene Abfragen von steuerrelevanten Informationen beim zuständigen Finanzamt sowie Informationen über Arbeitsunfähigkeitszeiten bei der jeweiligen Krankenkasse. Daneben können wir Daten von Dritten (z. B. Stellenvermittlung) erhalten haben.

2. Zwecke der Verarbeitung

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten unter Beachtung der Bestimmungen der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) sowie aller weiteren maßgeblichen Gesetze (z. B. BetrVG, ArbZG).

In erster Linie dient die Datenverarbeitung der Begründung, Durchführung und Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses. Die vorrangige Rechtsgrundlage hierfür ist Art. 6 Abs. 1 b) DS-GVO i. V. m. § 26 Abs. 1 S. 1 BDSG. Daneben können Kollektivvereinbarungen (Konzern-, Gesamt- und Betriebsvereinbarungen sowie tarifvertragliche Regelungen) gem. Art. 6 Abs. 1 b) i. V. m. Art. 88 Abs. 1 DS-GVO i. V. m. § 26 Abs. 4 BDSG sowie ggf. Ihre gesonderten Einwilligungen gem. Art. 6 Abs. 1 a), 7 DS-GVO

i. V. m. § 26 Abs. 2 BDSG (z. B. bei Videoaufnahmen) als datenschutzrechtliche Erlaubnisvorschrift herangezogen werden.

Soweit erforderlich verarbeiten wir Ihre Daten zudem auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 f) DS-GVO, um berechnete Interessen von uns oder von Dritten (z. B. Behörden) zu wahren. Dies gilt insbesondere bei der Aufklärung von Straftaten (Rechtsgrundlage § 26 Abs. 1 S. 2 BDSG), beim Gesundheitsmanagement, beim Fuhrparkmanagement oder im Konzern zu Zwecken der Konzernsteuerung, der internen Kommunikation und sonstiger Verwaltungszwecke.

Soweit besondere Kategorien personenbezogener Daten (insbesondere Gesundheitsdaten) gem. Art. 9 Abs. 1 DSGVO verarbeitet werden, dient dies im Rahmen des Beschäftigungsverhältnisses der Ausübung von Rechten oder der Erfüllung von rechtlichen Pflichten aus dem Arbeitsrecht, dem Recht der sozialen Sicherheit und dem Sozialschutz (z. B. Angabe von Gesundheitsdaten gegenüber der Krankenkasse, Erfassung der Schwerbehinderung wegen Zusatzurlaub und Ermittlung der Schwerbehindertenabgabe). Dies erfolgt auf Grundlage von Art. 9 Abs. 2 b) DS-GVO i. V. m. § 26 Abs. 3 BDSG. Zudem kann die Verarbeitung von Gesundheitsdaten für die Beurteilung Ihrer Arbeitsfähigkeit gem. Art. 9 Abs. 2 h) i. V. m. § 22 Abs. 1 b) BDSG erforderlich sein.

3. Übermittlung an Dritte

Innerhalb unseres Unternehmens erhalten nur die Personen und Stellen (z. B. Personalabteilung, Buchhaltung, Fachbereich, Betriebsrat, Schwerbehindertenvertretung) Ihre personenbezogenen Daten, die diese zur Erfüllung unserer vertraglichen und gesetzlichen Pflichten benötigen.

Daneben bedienen wir uns zur Erfüllung unserer vertraglichen und gesetzlichen Pflichten zum Teil unterschiedlicher Dienstleister. Eine Auflistung der von uns eingesetzten Auftragnehmer und Dienstleister, zu denen nicht nur vorübergehende Geschäftsbeziehungen bestehen, können Sie in der Personalabteilung erhalten.

Darüber hinaus können wir Ihre personenbezogenen Daten an weitere Empfänger außerhalb des Unternehmens übermitteln, soweit dies zur Erfüllung der vertraglichen und gesetzlichen Pflichten als Arbeitgeber erforderlich ist. Dies können z. B. sein:

- Behörden (z. B. Rentenversicherungsträger, berufsständische Versorgungseinrichtungen, Sozialversicherungsträger, Finanzbehörden, Gerichte)
- Bank des Mitarbeiters (SEPA-Zahlungsträger)
- Annahmestellen der Krankenkassen
- Stellen, um Ansprüche aus der betrieblichen Altersversorgung gewährleisten zu können
- Stellen, um die vermögenswirksamen Leistungen ausbezahlen zu können
- Drittschuldner im Falle von Lohn- und Gehaltspfändungen
- Insolvenzverwalter im Falle einer Privatinsolvenz

Bei der Nutzung der Dienste eines Dritten muss das Unternehmen sicherstellen, dass der Dritte geeignete technische und organisatorische Maßnahmen zum Schutz der personenbezogenen Daten trifft, wie dies von den geltenden Gesetzen vorgeschrieben ist.

4. Grenzüberschreitende Datenübertragungen

Wir übermitteln keine personenbezogenen Daten an Dritte außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR).

5. Speicherung

Personenbezogene Daten von Arbeitnehmern, für die keine gesetzliche Aufbewahrungsfristen vorliegen, werden nicht länger gespeichert, als dies für die Zwecke der Verarbeitung erforderlich ist. Die Speicherung wird **3 Jahre** nicht überschreiten.

6. Rechte von Arbeitnehmern

Für die Ausübung Ihrer Rechte setzen Sie sich bitte mit der **Personalabteilung** in Verbindung.

Sie haben das Recht nach den Art. 15-22, 34 DSGVO, vom Unternehmen Informationen über die Bearbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch das Unternehmen zu erhalten.

- **Auskunft** über die gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DSGVO),
- **Berichtigung** unrichtiger personenbezogener Daten (Art. 16 DSGVO),
- **Löschung** gespeicherter Daten (Art. 17 DSGVO),
- **Einschränkung der Datenverarbeitung**, sofern Daten aufgrund gesetzlicher Pflichten noch nicht gelöscht werden dürfen (Art. 18 DSGVO),
- **Widerspruch** gegen die Verarbeitung der Daten (Art. 21 DSGVO) und
- **Datenübertragbarkeit**, sofern der Datenverarbeitung eingewilligt wurde oder einen Vertrag abgeschlossen wurde (Art. 20 DSGVO).
- **Einwilligungen zur Verarbeitung**, die erteilt wurden, können jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

Das Recht auf **Löschung** ist eingeschränkt, sofern die Verarbeitung erforderlich ist:

- zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, die die Verarbeitung nach dem Recht der Union oder der Mitgliedstaaten, dem wir unterliegen, erfordert.
- zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Darüber hinaus besteht ein **Beschwerderecht** bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde (Artikel 77 DSGVO i. V. m. § 19 BDSG).

Die Aufsichtsbehörde in Schleswig-Holstein ist

Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz (ULD)
Holstenstraße 98
24103 Kiel

Telefon: 0431 988 1200
Fax: 0431 988 1223
mail@datenschutzzentrum.de
www.datenschutzzentrum.de

Sie können sich auch mit unserem Verantwortlichen für den Datenschutz in Verbindung setzen.